

Kranke und tote Tiere auf Oderinsel

Drohnenbilder zeigen Wildschweinrotte

BLEYEN - Bei der Suche nach toten Wildschweinen im Landkreis Märkisch-Oderland an der polnischen Grenze ist am Samstag eine Rote von mehreren Dutzend toten oder kranken Tieren auf der Oderinsel bei Küstrin-Kietz entdeckt worden. Diese seien auf Bildern einer Drohnenkamera zu sehen, sagte der Sprecher des Landkreises, Thomas Behrendt. „Nach den Drohnenbildern sind 17 Tiere tot und 20 bis 30 Wildschweine ganz offensichtlich krank“, sagte Behrendt. Die Tiere würden nun mit Drohnenflügen beobachtet. „Ein Eingreifen wäre zu gefährlich, weil erkrankte Tiere sehr aggressiv sind.“ Außerdem sei das Gebiet mit Weltkriegsmunition belastet. Die toten Tiere sollen später mit Unterstützung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes geborgen und untersucht werden.

Bei der Suche mit rund 300 Helfern im Kerngebiet der ersten Funde von infizier-

ANZEIGE

NEU

TAGESSPIEGEL GESUNDHEIT

Fit im Alter

Berlin 2020/2021

Moderne Medizin für ein langes Leben

Was Anti-Aging wirklich kann

Viel mehr, als nur ein Tropfen

„Wissenschaftler als Statistiker“

Im Handel erhältlich. **Versandkostenfrei bestellen:** shop.tagesspiegel.de

Bestellhotline: (030) 290 21-520

12,80 € / 19,80 € für Abonnenten

Für 8,99 € als E-Magazin erhältlich.

ten Wildschweinen in der Region sei ein weiterer Kadaver gefunden worden, berichtete Behrendt. Das Ergebnis der genommenen Probe werde Anfang der Woche vorliegen. Durchsucht wurde ein rund 45 Quadratkilometer großes Gebiet rund um den Fundort des ersten infizierten Wildschweins, das Ende September entdeckt worden war. An der Aktion waren Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren, des Technischen Hilfswerkes, Polizisten, Jäger, Landwirte und Mitarbeiter der Kreisverwaltung beteiligt.

Mit drei Booten waren auch Helfer auf der Oder unterwegs, berichtete Behrendt. Vier Drohnen, zum Teil mit Wärmebildkameras, wurden eingesetzt, um Wildschweine etwa in Feldern aufzuspüren. Von der kommenden Woche an solle nun in einem größeren Umkreis um dieses Gebiet die Jagd auf Wildschweine intensiviert werden, kündigte der Sprecher an. Nach Angaben des Friedrich-Loeffler-Instituts wurden in Brandenburg bislang 55 Schweinepestfälle bestätigt. dpa



Die Erinnerung wachhalten. Irmela Orland, ehemalige Pfarrerin, kämpft seit Langem dafür, dass der ehemalige Klinikfriedhof in Wittenau zu einem Gedenkort wird. Bereits vor einem Jahr stellte die Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung 10 000 Euro dafür bereit. Geschehen ist bisher aber nichts.

Foto: Kitty Kleist-Heinrich

Überwuchert und vergessen

Seit fast zehn Jahren beschäftigen sich Reinickendorfer Politiker mit dem einstigen Friedhof der Karl-Bonhoeffer-Nervenlinik. Dort liegen auch Opfer der mörderischen NS-„Euthanasie“-Programme. Bis heute erinnert nicht einmal ein Schild an das Areal

VON JUTTA HERMS

BERLIN - Herbstlaub liegt bereits am zentralen Eingang zur ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenlinik in Wittenau auf dem Boden. Seitlich steht ein verwaistes Pflörtnerhäuschen, die geöffnete Schranke daneben gibt den Weg frei auf das weitläufige Gelände. Fahnen mit dem Schriftzug Vivantes weisen auf den letzten Betreiber der einst großen psychiatrischen Anstalt hin. Ein Lageplan zeigt, dass heute Flüchtlinge und Menschen im Maßregelvollzug auf dem Gelände untergebracht sind. Wer auf dem Plan nach einem ehemaligen, zum Gelände gehörenden anstaltsseitigen Friedhof sucht, wird nicht fündig. Am südwestlichen Ende des Lageplans: eine weiße Fläche.

Zur Verabredung an diesem Ort, dem einstigen Anstaltsfriedhof, bringt Irmela Orland eine alte Friedhofskarte mit. „Zur Orientierung“, sagt sie, denn das Gelände ist heute, rechts und links eines schmalen Weges, vollkommen von Sträuchern und Bäumen überwachsen. 1995 hatte die damalige Klinikleitung den Friedhof aufgelöst, seither wächst das Gelände zu. Irmela Orland, Lehrerin und Pastorin im Ruhestand, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem einstigen Friedhof. Seit sie weiß, dass hier Menschen liegen, die in der nahen Anstalt Opfer der mörderischen NS-„Euthanasie“-Programme wurden, steht sie bei Politikern des Bezirks Reinickendorf auf der Matte.

2012 fasst die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den ersten Beschluss zum ehemaligen Anstaltsfriedhof: Das Bezirksamt soll beim Konzern Vivantes, dem Eigentümer des einstigen Klinikareals, darauf hinwirken, dass der ehemalige Friedhof „wieder als solcher erkennbar und als Gedenkstätte gesichert wird“. Zahlreiche ähnlich lautende Beschlüsse folgen. Eine Umsetzung bleibt jedoch jedes Mal aus: Klinikbetreiber Vivantes lehnt die Forderungen ab, argumentiert, man wolle das Klinikgelände verkaufen; solange dieser Prozess nicht abgeschlossen sei, könne man in Bezug auf den Friedhof „keine Festlegungen treffen“.

Im Oktober 2019 stellt die BVV vor dem Hintergrund eines angekündigten zeitnah anstehenden Verkaufs 10 000 Euro für den Friedhof bereit. Sie sollen dazu genutzt werden, das überwachsene Areal zu einem Gedenkort herzurichten. Dabei soll ein Konzept berücksichtigt werden, das vom „Freundeskreis alter Anstaltsfriedhof“ um Irmela Orland stammt. Geschehen ist seitdem aber wieder nichts.

„Uns sind die Hände gebunden“, sagt Katrin Schultze-Berndt, die als Stadträtin für Kultur für die Umsetzung der Beschlüsse zum Friedhof verantwortlich ist. Da Vivantes noch immer in Besitz des ehemaligen Klinikareals sei, dürfe man dort nicht tätig werden. Sie schlage vor, für das bereitgestellte Geld einen Historiker zu engagieren. Er solle das von Irmela

Orland zusammengetragene Wissen vervollständigen.

Für Paul Gidius ist nicht zu verstehen, dass es mit dem ehemaligen Friedhof nicht vorangeht. „Seit so vielen Jahren wird über den Friedhof gesprochen und nichts geschieht“, sagt der 85-Jährige. Seit er zehn Jahre alt war, besucht er regelmäßig das Grab seiner Mutter, doch seit ein paar Jahren kann er es nur noch grob ausmachen – es ist im Dickicht der Sträucher verschwunden. Else Gidius war im März 1945 im Alter von 36 Jahren in die Wittenauer Anstalt gebracht worden. Nach der Nachricht vom Tod ihres Man-

nes hatte sie nicht aufhören können zu weinen. 24 Tage nach Ankunft in der Anstalt war sie tot.

Wie Else Gidius starben damals viele junge und körperlich gesunde Patienten in den letzten Kriegsjahren in der Wittenauer Anstalt. Ärzte notierten zweifelhafte Todesursachen wie „Kreislaufschwäche“ oder „Herzmuskelentartung“. Während dieser Phase der NS-„Euthanasie“ wurden reichsweit rund 300 000 psychisch Kranke und Behinderte – wenig auffällig – etwa durch Nahrungsentzug oder überdosierte Medikamente getötet. Wie viele dieser Opfer auf dem ehemali-

gen Wittenauer Anstaltsfriedhof beerdigt wurden, ist nicht klar. Bekannt ist, dass auch Kinder in Wittenau Opfer der NS-Morde wurden.

Auf die Frage, ob man bei Vivantes, der ein landeseigener Konzern sei, in den vergangenen Jahren nicht wenigstens auf ein Schild am Friedhof hätte hinwirken können, reagiert Stadträtin Schultze-Berndt gereizt. „Ich bin nicht diejenige, die beantworten kann, wo es da hakt und welcher Wille da ist.“ Man bringe sie in eine Verantwortung, die sie nicht habe. „Der Bezirk ist hier in keiner Weise Stopper, Bremsen oder irgendwas“, sagt Schultze-Berndt.

Die Friedhofsinitiative hat inzwischen über die Senatsverwaltung für Kultur eine Informationsstele auf den Weg gebracht, die im kommenden Jahr am ehemaligen Klinikereingang aufgestellt werden soll. Zudem haben die Mitglieder einen Kostenvorschlag für die Sanierung alter Friedhofsmauerreste eingeholt. „Wir merken, es passiert wieder nichts“, sagt Irmela Orland. Man wolle, dass die 10 000 Euro wie vorgesehen in die Herrichtung des Friedhofs zum Gedenkort fließen. Orland vermutet, dass die Stadträtin in den letzten Monaten nicht noch einmal bei Vivantes nachgefragt hat. Der Freundeskreis selber habe inzwischen Kontakt zum Krankenhauskonzern aufgenommen. Dort scheine nach einem Wechsel in der Geschäftsführung jetzt „ein anderer Wind“ zu wehen.



Steinerne Zeugin. Die Kapelle des Friedhofs steht noch. Auf dem Areal sind außerdem ein alter Brunnen und Reste der Mauer erhalten.

Foto: Kitty Kleist-Heinrich

ANZEIGE

Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung

Bezirk Mitte, Ortsteil Moabit

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 des Baugesetzbuchs

Bebauungspläne II-184, II-185 und II-186 (Geltungsbereiche vgl. Kartenausschnitt)

Ziel/Zweck: Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für gewerbliche Nutzungen (Gewerbegebiete) geschaffen werden.

Die Bauungspläne werden einschließlich der Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Absatz 4 des Baugesetzbuches aufgestellt.

Sie haben die Möglichkeit, sich an der Planung zu beteiligen: Sie können die Entwürfe der Bauungspläne und die zugehörigen Begründungen einsehen und Auskunft über die Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung verlangen. Sie haben die Möglichkeit, sich zu den Planungen zu äußern. Das Anhörungsergebnis wird in die weitere Planung einfließen.

Die Bauungspläne sind in der Zeit vom **19. Oktober bis einschließlich 19. November 2020** im Internet unter <http://www.berlin.de/bebauungsplaene-mitte> sowie der Beteiligungsplattform <http://mein.berlin.de> veröffentlicht. Bitte nutzen Sie während der COVID-19-Pandemie die Möglichkeit zur Einsichtnahme im Internet.

Darüber hinaus haben Sie nach vorheriger Terminvereinbarung die Möglichkeit, die Unterlagen im Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung, Müllerstraße 146, 10353 Berlin, 1. Etage, Zimmer 166, einzusehen. Zur Terminvereinbarung nutzen Sie bitte die E-Mail-Adresse stadtplanung@ba-mitte.berlin.de oder die Telefonnummern (030) 9018-45852 für den **Bauungsplan II-184** bzw. (030) 9018-45838 für die **Bauungspläne II-185 und II-186**.

Hinweis: Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage des § 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchst. e Datenschutz-Grundverordnung und Berliner Datenschutzgesetz. Die Angabe Ihrer personenbezogenen Daten/E-Mail-Adresse dient ggf. der weiteren Kommunikation. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der „Information über die Datenverarbeitung im Bereich des Bauleitungsverfahrens“, die mitausliegt.

KLEINANZEIGEN A-Z

ANTIQUITÄTEN/ANKAUF

Kaufe alte Ölgemälde, auch besch., Silber, Bronzen, Nachlässe, Schmuck, Uhren, Porzellan. Dr. Richter, 01 70 / 5 00 99 59

MASSAGEN

Relaxmassagen Deidesheimer 822 74 22

HERZENSWÜNSCHE ERFÜLLEN

www.mercyships.de

...weil jeder Mensch wertvoll ist

Hilft. Hilft weiter.

Wir helfen in Ländern wie Burkina Faso beim Bau von Brunnen. Denn wer sich selbst versorgen kann, führt ein Leben in Würde.

brot-fuer-die-welt.de/wasser

Mitglied der actalliance

Würde für den Menschen.

Abgehängt

Politiker fordern mehr Geld für kleine Dörfer

POTSDAM - Ein fiktives Dorf in Brandenburg. Es gibt es eine Dorfkirche, eine Feuerwehr, eine Kindertagesstätte und eine Arztpraxis. Morgens kommen die Familien aus den Nachbarorten, geben ihre Kinder in den Kindertagesstätten ab – und mancher sucht den Mediziner in seiner Sprechstunde auf. Doch einen Supermarkt, eine Schule oder ein Altenheim gibt es nicht. Womit das fiktive Dorf einige der Kriterien, die die Brandenburger Landesplanung für „grundfunktionale Schwerpunkte“ vorsieht, verfehlt. Und das hat Folgen.

„Grundfunktionale Schwerpunkte, die ehemaligen Grundzentren, dürfen einen Supermarkt bis 1000 Quadratmeter Verkaufsfläche ansiedeln und mehr Bauland ausweisen“, sagt die ehemalige Landtagsabgeordnete Anke Schwarzenberg (Linke). „Und vor allem bekommen sie mehr Geld vom Land – denn sie nehmen Aufgaben und Funktionen auch für die Nachbarorte wahr.“

Was aber ist mit Dörfern, die nicht alle Kriterien eines Grundzentrums erfüllen? „Auch solche Orte nehmen einzelne Funktionen für ihre Umgebung wahr“, sagt Schwarzenberg. Geld vom Land bekommen sie dafür jedoch nicht. Die frühere Abgeordnete aus der Lausitz will das ändern. Gemeinsam mit Mitsprechern aus der Enquetekommission zum ländlichen Raum aus der letzten Legislaturperiode, zu denen auch der Uckermarker Beigeordnete Henryk Wichmann (CDU) oder die heutige SPD-Bundestagskandidatin Simona Koß gehören, fordert sie den Landtag auf, eine Kategorie der „Besonderen Orte“ zu schaffen. „Diese Orte sollen für ihre Funktionen, die sie für andere Orte wahrnehmen, ebenfalls mehr Geld aus der Landeskasse erhalten“, sagt Schwarzenberg. Rund 40 dieser Orte sollen mit rund 40 000 Euro im Jahr aus der Landeskasse unterstützt werden.

Der Beigeordnete der Uckermark und frühere Landtagsabgeordnete Henryk Wichmann (CDU) nennt als konkretes Beispiel die Gemeinde Uckerland. Oder die Gemeinde Passow. Hier seien die überörtlichen Funktionen auf verschiedene Ortsteile aufgeteilt – mit dem Ergebnis, dass kein einziger Ortsteil „grundfunktionaler Schwerpunkt“ sein könne. „Wir erleben jetzt aber, dass sich auch die Förderrichtlinien des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung immer wieder an den grundfunktionalen Schwerpunkten orientieren“, sagt Wichmann.

Gemeinden, die das nicht seien, und nur einige überörtliche Funktionen erfüllen, fielen auch bei den Fördergeldern durchs Raster. „Wir brauchen die Definition besonderer Orte, weil wir sonst einen Großteil der Landbevölkerung abkoppeln“, sagt Wichmann. „Wir dürfen bei den Fördermitteln nicht zu sehr an den starren Kriterien der grundfunktionalen Schwerpunkte festhalten – wir müssen flexibler sein.“

BENJAMIN LASSIWE

NACHRICHTEN

Video zeigt Attacke eines Polizisten gegen einen Mann in Friedrichshain

BERLIN - Auf Internetplattformen kursiert derzeit ein Video, das möglicherweise einen Fall von Polizeigewalt zeigt. Der etwa einminütige Clip soll in Friedrichshain aufgenommen worden sein und zeigt zunächst, wie zwei junge Männer mit zwei uniformierten Polizisten diskutieren. Ein aggressives Verhalten der Männer gegenüber der Beamten ist nicht zu erkennen. Doch dann geht einer der Polizisten auf einen der Männer zu. Er schubst ihn, schlägt mehrmals auf ihn ein. Es sieht in dem Video so aus, als ob der Beamte den Mann einmal direkt mit der Faust ins Gesicht schlägt. Doch das Video ist an der Stelle etwas unscharf. Der Polizei Berlin sei der Vorfall bekannt, sagte eine Sprecherin auf Anfrage. Es gebe ein „laufendes Ermittlungsverfahren“. Der Vorfall ereignete sich laut der Polizeisprecherin am Freitag gegen 16.30 Uhr in der Waldeyerstraße / Ecke Rigaer Straße in Friedrichshain. An der Ecke befindet sich auch der Scheidenplatz, ein bekannter Treffpunkt der linken Szene in Friedrichshain. sa

Auto von Bundestagsabgeordneten Klaus-Dieter Gröhler demoliert

BERLIN - Unbekannte Täter – mutmaßlich Sympathisanten des am Freitag geräumten Hauses in der Friedrichshainer Liebigstraße 34 – haben am Wochenende ein Auto des CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Dieter Gröhler am Einsteiner in Charlottenburg demoliert. Mit roter Farbe spritzten sie „Rache – L 34“ auf den Wagen. Etliche Fahrzeugscheiben wurden eingeschlagen. Tsp